

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Bundesamt für Justiz
Bundesrain 20
3003 Bern

312.17.010

26. September 2017

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 28. Juni 2017 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Die Menschenrechte stehen im Zentrum der Werte unseres Landes. Die konsequente Achtung der Menschenrechte durch alle Behörden trägt zur Sicherheit der Menschen in der Schweiz sowie zur Stabilität des politischen Systems und damit auch der wirtschaftlichen Prosperität der Schweiz bei. Wir sind der Ansicht, dass die Menschenrechte im Kanton Solothurn gut umgesetzt werden und die nötige Sensibilität für Menschenrechte bei den Kantonsangestellten vorhanden ist. Wir gehen davon aus, dass dies auch in den anderen Kantonen und im Bund so ist. Aus diesem Grund sehen wir bezüglich der Einrichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution keinen grossen Handlungsbedarf, haben aber auch keine Einwände dagegen vorzubringen.

Die Interessen des Kantons Solothurn werden durch die Vorlage nicht unmittelbar tangiert, weshalb wir auf weitere Bemerkungen verzichten.

Mit freundlichen Grüssen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Dr. Remo Ankli
Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber